

09-007 - 196/3

(EVP)

**Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten
- Chancen und Risiken -**

Rede von

**Wilfried MARTENS
Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP)
Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament**

Europapolitischer Kongreß

**EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes
in Zusammenarbeit mit der
Arbeitsgruppe "Europäische Union"
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der
CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin**

**Berlin, 11. September 1995
Abgeordnetenhaus von Berlin**

(Sperrfrist bis Redebeginn. Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren Abgeordnete,
sehr verehrte Damen und Herren,

Gegenstand unseres heutigen Gesprächs hier in Berlin soll die Erweiterung der Europäischen Union um Staaten Mittel- und Osteuropas sein. Ich begrüße sehr, daß die deutschen Abgeordneten in unserer Fraktion der Europäischen Volkspartei des Europäischen Parlaments, die Kollegen des Deutschen Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses zu diesem Kongreß nach Berlin eingeladen haben, um diese Fragen gemeinsam zu besprechen.

- 2 -

Der in den schmerzlichen europäischen Bruderkriegen dieses Jahrhunderts gewachsene Gedanke einer europäischen Friedens-, Wohlstands- und Freiheitsordnung im Wege der wirtschaftlichen und politischen Integration der europäischen Staaten bezog sich immer auf Gesamteuropa. Wenn diese Bemühungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft bis zur Implosion der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa auf die freiheitlichen Demokratien des Westens beschränkt sein mußten, so entsprach dies weder dem Willen der Westeuropäer noch der Völker Mittel- und Osteuropas, sondern war das Ergebnis sowjetischer Machtpolitik in ihrem Herrschaftsbereich.

Die Christdemokraten in Europa haben die Überwindung der Teilung Europas immer gewollt. Wir waren und sind offen für alle demokratischen Staaten Europas, die bereit und in der Lage sind, am Europäischen Integrationsprozeß teilzunehmen, wie ihn die Gemeinschaft in ihren Verträgen und ihrer Gesetzgebung definiert hat, der Europäischen Union als einer Politischen Union und einer Wirtschafts- und Währungsunion.

Diese Positionen wurden im Grundsatzprogramm der EVP von 1992 und im Aktionsprogramm von 1993 bekräftigt und für den Parteienbereich von der EVP durch vielfältige Maßnahmen und insbesondere ein klares dreiphasiges Aufnahmeverfahren bis zur Vollmitgliedschaft konkretisiert..

Konsequenterweise hat der Europäische Rat auf seiner Tagung im Juni 1993 in Kopenhagen beschlossen, daß die assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder, die dies wünschen, Mitglieder der EU werden können. Dieser Grundsatzbeschluß wurde auf den Tagungen des Europäischen Rates im Juni 1994 in Korfu und im Dezember 1994 in Essen konkretisiert. Insbesondere wurde der Kommission der Auftrag erteilt, ein Weißbuch zur "Vorbereitung der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas auf die Integration in den Binnenmarkt der Union" bis zum Gipfel in Cannes vorzulegen. Dem Prozeß der Heranführung der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas soll eine zusätzliche Dynamik und Qualität verliehen werden. Insbesondere müssen aber die institutionellen Voraussetzungen für ein reibungsloses Funktionieren der Union auf der Regierungskonferenz im Jahre 1996 geschaffen werden, die zu

diesem Zwecke vor Aufnahme der Beitrittsverhandlungen stattfinden muß.

In diesem Zusammenhang haben die Europäischen Räte aber auch betont, daß der Mittelmeerraum für die EU ein vorrangiges Gebiet von strategischer Bedeutung sei, dem das besondere Interesse, die Kooperationsbereitschaft und die Hilfe der Union gelte.

Wenn man in der Europäischen Union von Erweiterung spricht, wird sofort der Begriff Vertiefung hinzugefügt oder zumindest mitgedacht.

Erweiterung und Vertiefung sind Schlüsselbegriffe der Europäischen Integration von ihren Anfängen an. Bei den verschiedenen Erweiterungsphasen der Gemeinschaft wurde immer wieder die Frage gestellt, ob eine Vertiefung der Erweiterung vorausgehen müsse, die Vertiefung zwangsläufige Folge der Erweiterung sei oder eine Erweiterung eine Vertiefung behindere, ja sie unmöglich mache. Die Erfahrung zeigt uns, daß mit den vorausgegangenen Erweiterungsrounden jeweils eine Vertiefung verbunden war, die Erweiterungen den Integrationsprozeß nicht behindert, sondern ihn vielmehr befördert und beschleunigt haben und die neuen Gemeinschaftsmitglieder sich als besonders integrationsfreudig erwiesen haben.

Uns stellen sich im Zusammenhang mit den für die Europäische Union existentiellen Herausforderungen der Erweiterung und Vertiefung folgende grundlegende Fragen:

1. Wie können wir unser Versprechen einlösen und unserer Verantwortung gerecht werden, den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas eine reale Perspektive auf einen Beitritt zur Europäischen Union um das Jahr 2000 zu bieten? Eine Perspektive, die diese Staaten dringend für die Stabilisierung ihres Reformprozesses benötigen, an dessen erfolgreichem Ausgang wir ein vitales Interesse haben. Wie können wir diese Perspektive geben, ohne die Entscheidungs-, Handlungs- und damit Problemlösungsfähigkeit der Gemeinschaft weiter einzuschränken?

2. Wie nehmen wir den Bürgern der Union die nach Maastricht unüberhörbar geäußerte Sorge vor einer nicht ausreichend demokratisch kontrollierten, zentralistischen Europäischen Union mit nur schwer durchschaubaren Entscheidungsstrukturen?
3. Wie gewinnt die Europäische Union Handlungsfähigkeit auf den Gebieten einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und einer gemeinsamen Innen- und Rechtspolitik?

Auch die Regierungskonferenz 1996 kann diese Fragen nicht unbeantwortet lassen. Lösungen hierfür waren schon für die Maastrichter Regierungskonferenz angemahnt worden. Sie hat diese Erwartungen nicht erfüllt, nicht erfüllen können, nicht zuletzt weil der "europäische Fahrplan" durch den revolutionären Umbruch in Mittel- und Osteuropa durcheinandergebracht wurde. So entstand ein Integrationsgefälle zwischen der supranationalen Wirtschafts- und Währungsunion und der weitgehend intergouvernementalen Politischen Union. Dies wurde im Maastrichter Vertrag gesehen und deswegen die Regierungskonferenz 1996 angekündigt.

Wir bereiten uns auf diese entscheidende Regierungskonferenz vor dem Ende dieses Jahrtausends mit großem Ernst auf den verschiedensten Ebenen vor. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang nur auf die verschiedenen Papiere, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im letzten und in diesem Jahr in die Diskussion gegeben hat, und auf die Vorschläge der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Europäischen Volkspartei und der EVP-Fraktion hinweisen, ohne die Vorschläge des Europäischen Parlaments und der Reflektionsgruppe oder den Bericht der Europäischen Kommission vom Mai dieses Jahres gering achten zu wollen.

Auf die Papiere der CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte ich heute nicht weiter eingehen, ihre grundlegenden Überlegungen und ihre Funktion im europäischen Diskussionsprozeß habe ich schon verschiedentlich positiv gewürdigt.

Mit unserem EVP-Forderungskatalog vom Mai dieses Jahres, der zur Zeit in den Mitgliedsparteien ausführlich diskutiert wird und den wir im November in Madrid verabschieden werden, machen wir klar, welche Voraussetzung die EU erfüllen muß, um die von ihr selbst gesteckten Ziele zu erreichen und ihren eigenen Erwartungen und ihrer Verantwortung in der Welt gerecht zu werden.

Lassen Sie mich nur einige wenige wichtige Punkte herausheben.

So fordern die europäischen Christdemokraten eine erhebliche Vereinfachung des Gesetzgebungsverfahrens und die Gleichberechtigung von Europäischem Parlament und Ministerrat in der Gesetzgebung.

Bei seiner Gesetzgebungstätigkeit tagt der Ministerrat öffentlich und entscheidet grundsätzlich mit Mehrheit.

Änderungen der Verträge der Europäischen Union bedürfen der Zustimmung des EP.

Bestimmte Bereiche der Innen- und Rechtspolitik, wie z.B. die Asylpolitik und die Visa- und Zuwanderungspolitik werden schrittweise in das Gemeinschaftsverfahren einbezogen.

Wir wissen, daß wir für diese und andere Forderungen noch nachdrücklich werben müssen. Wir tun das über unsere Parteien in den jeweiligen Mitgliedsländern aber auch in interparlamentarischen Konferenzen mit unseren Freunden in der Europäischen Demokratischen Union, mit denen wir im März 1995 die "Brüsseler Erklärung" verabschieden konnten. Wir brauchen aber auch dringend die europäischen Bürger und die gesellschaftlichen Multiplikatoren, die Medien; wir brauchen alle, die das gemeinsame Europa wollen - Bedenkenträger gibt es genug -, um einigen Regierungen in der EU die Dringlichkeit der Entscheidung und die Ungeduld der Europäer klarzumachen; und damit meine ich ausdrücklich nicht den Regierungschef dieses Landes; er ist unser wertvollster Verbündeter.

Die europäischen Christdemokraten werden den Prozeß der Regierungskonferenz intensiv begleiten und konstruktive Vorschläge der Mitgliedstaaten unterstützen. Die Regierungskonferenz muß 1996 beginnen; ein befriedigendes Ergebnis sollte dann wichtiger sein als ein schneller Abschluß der Konferenz.

In der Zwischenzeit werden wir auf der Grundlage der Entschließungen des EP aus den Jahren 1993 und 1994 und dem Bericht, den unser Fraktionskollege Arie Oostlander zur Zeit vorbereitet, sowie des im Mai dieses Jahres vorgelegten Weißbuchs der Kommission zur "Vorbereitung der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas auf die Integration in den Binnenmarkt der Union" die Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas ausbauen.

Europäische Assoziationsabkommen sind inzwischen sowohl mit Polen und Ungarn als auch mit der Tschechischen und der Slowakischen Republik sowie mit Rumänien und Bulgarien in Kraft getreten.

Diese europäischen Assoziierungsabkommen stellen enge und dauerhafte Beziehungen zwischen den Partnern her und tragen somit zur Stabilität Europas bei. Sie wurden als Instrumente konzipiert, den Mittel- und Osteuropäischen Staaten eine vollwertige Teilnahme an dem europäischen Integrationsprozeß zu ermöglichen. Die auf diesem Wege geschaffene Assoziation muß die politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Partnern in Mittel- und Osteuropa prägen.

Die Abkommen beruhen auf dem Prinzip der Einhaltung der Menschenrechte, den Werten der pluralistischen Demokratie sowie den Grundsätzen des Rechtsstaats und der Marktwirtschaft. Sie enthalten neben dem oben genannten handelspolitischen Teil Regelungen über Freizügigkeit, Niederlassungsrecht, Kapitalverkehr, Wettbewerb etc. sowie die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit über das PHARE-Programm. Außerdem enthalten sie aber auch Regelungen über die kulturelle Zusammenarbeit und insbesondere über den politischen Dialog. Für die praktische Zusammenarbeit wird die Europäische Union eine zentrale Anlaufstelle für die Zusammenarbeit mit den Mittel- und Osteuropäischen Staaten einrichten, um Hilfestellung bei den notwendigen Anpassungsschritten zu geben.

Das genannte Weißbuch ist eine ausgezeichnete Handlungsanleitung für die beitrittswilligen Staaten Mittel- und Osteuropas, sich in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf den Beitritt zum Binnenmarkt der Union vorzubereiten. Im Herbst 1995 wird ein weiteres Weißbuch der Kommission zur Reform der Agrarpolitik folgen.

Die Europäische Kommission setzt damit konsequent und zielstrebig die Aufträge der Europäischen Räte um, das hohe politische Ziel der Osterweiterung der Gemeinschaft praktisch zu ermöglichen. Dabei wissen wir, daß es auf den Gebieten der

Agrarpolitik aber auch der Struktur- und Regionalpolitik wichtige Entscheidungen zu treffen gibt, die das bisherige Gesicht der Gemeinschaft verändern werden. Sie sind aber notwendig, um den Beitritt zu ermöglichen und die Gemeinschaft finanziell handlungsfähig zu erhalten.

So ernst ich diese finanziellen Fragen für das Funktionieren und den Zusammenhalt in der EU auch nehme, und so schwierig es werden wird, hier tragfähige Kompromisse zu finden, die insbesondere auch den steuerzahlenden Bürgern in der EU vermittelt werden können, so nachdrücklich möchte ich mich doch dafür einsetzen, daß die säkulare Aufgabe der Überwindung der Teilung Europas durch eine Öffnung der EU nach Osten nicht an finanziellen Fragen scheitern darf.

Ich will jetzt nicht auf die meist sehr statischen und kleinmütigen Überlegungen der "Zahlmeister-Argumentierer" eingehen, die in ihrer Rechnung regelmäßig die Beitrittsgewinne vergessen oder unterbewerten: Wirtschaftliche Vorteile für alle durch den großen Wirtschaftsraum und politische Gewinne durch Frieden, Sicherheit und gute Nachbarschaft in einem stabilen Europa.

So erwarten die Länder in Mittel- und Osteuropa auch nicht von der Europäischen Union in erster Linie wirtschaftlichen Wohlstand und finanzielle Unterstützung des wirtschaftlichen Reformprozesses, sondern vielmehr Sicherheit und politische Verankerung durch und im Westen.

Wir können diese Erwartungen zur Zeit noch nicht erfüllen, da die Gemeinschaft keine gemeinsame Verteidigungspolitik, keine gemeinsame Verteidigung hat. Ungeachtet dessen sind natürlich die Bemühungen um eine An- und Einbindung in WEU und NATO fortzusetzen.

Auch zu einer stärkeren politischen Verankerung ist die EU mangels einer gemeinschaftlichen Außen- und Sicherheitspolitik noch nicht in der Lage. Gleiches gilt für den Bereich der Innen- und Rechtspolitik, wo die Bürger der Gemeinschaft darauf drängen, in Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten gesamteuropäische, wirksame Antworten auf die drastisch anwachsenden Asyl- und Flüchtlingsströme und die zunehmend international operierenden Verbrecher zu finden.

Wer kann vor diesem Hintergrund sagen - dabei habe ich von Jugoslawien noch gar nicht gesprochen -, daß die Europäische Einigung zu schnell vorangehe und die Bürger Angst vor dem supranationalen Europa hätten? Die Europäer haben Angst vor Arbeitslosigkeit und Kriminalität, vor Drogen- und Menschenhandel, vor Umweltzerstörung und Radikalismus. Sie wollen nicht länger Unrecht, Krieg und Elend in der ganzen Welt, insbesondere aber vor ihrer Haustür in Europa hinnehmen.

Ich weiß, daß wir weder alle diese Ängste nehmen und alle Probleme lösen können, indem wir die Verantwortung Europa übertragen. Ich weiß aber auch, daß wir nur gemeinsam eine Chance haben, diese Herausforderungen erfolgreich anzunehmen. Dazu brauchen wir alle Mitgliedstaaten der EU, wir brauchen aber auch dringend die Staaten Mittel- und Osteuropas. Die Christdemokraten Europas werden sich dieser Aufgabe stellen.